



Bitte kreuzen (x) Sie die auf Ihre Partei zutreffende Bewertung der Aussage an. Bei Bedarf steht Ihnen die Spalte „Anmerkung“ für Bemerkungen zur Verfügung. Am Ende des Bogens finden sich zwei Freitextfelder.

These	Wir stimmen der Aussage der These zu.	Wir stehen der Aussage neutral gegenüber.	Wir lehnen die Aussage der These ab.	Anmerkung (max. 280 Zeichen)
Föderalistische Strukturen in der Europäischen Union sind zentralistischen Strukturen vorzuziehen.		x		Beide Strukturformen haben ihre Berechtigung – je nach Politikfeld. Dem Prinzip der Subsidiarität folgend, sollen die Entscheidungen möglichst nah bei den Menschen getroffen werden. Gleichzeitig gibt es Politikbereiche, deren Entscheidungen am besten überregional getroffen werden.
Die europäische Integration und die Bewahrung kultureller Vielfalt stehen in keinem Widerspruch zueinander.	x			Dem stimmen wir voll zu.
Politische Debatten auf europäischer Ebene sollen entlang inhaltlicher Grundüberzeugungen	x			Dies ist ein wünschenswertes Ziel, nicht destotrotz müssen auch nationale Interessen angemessen berücksichtigt



statt nationaler Herkunft geführt werden.				werden, damit sich alle in Europa wiederfinden.
Eine gemeinsame europäische Armee soll die nationalen Armeen zunächst ergänzen und langfristig ersetzen.	x			Eine bessere gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt ein gemeinsames Ziel. Zur Zeit wird dies am ehesten gemeinsam mit den Bündnispartnern USA, Kanada und Türkei innerhalb der NATO gewährleistet und es besteht keine Notwendigkeit einer zusätzlichen europäischen Armee.
Deutschland soll Teil der Europäischen Union bleiben.	x			Wir stehen zur Europäischen Union, weil sie für uns ein Garant für Frieden ist und sie uns wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand sichert.
Die Europäische Union soll Kompetenzen im Bereich Energiepolitik übertragen bekommen.	x			Im Sinne der Nachhaltigkeit und im Hinblick darauf, dass Umweltschutz nicht an der Grenze halt machen kann, sollte eine zentrale Regelung von



				Bereichen der Energiepolitik geprüft werden. Wirksamer Klimaschutz bedarf der internationalen Zusammenarbeit.
Ein Teil der Steuern soll statt von den Nationalstaaten direkt durch die Europäische Union erhoben werden dürfen.			x	Im Zuge allgemeiner Europamüdigkeit ist es fraglich, ob dies bei den Bürgern Europas zur Zeit vermittelbar wäre. Außerdem sind die Kontrollmöglichkeiten in der jetzigen Form größer.
Es sollen grenzübergreifende, transnationale Listen bei den Europawahlen eingeführt werden.	x			Vorerst wird es bei nationalen Listen bleiben. Langfristig ist es durch eine noch stärkere Zusammenarbeit der Parteien über Nationalstaaten hinaus denkbar, europaweite Listen aufzustellen, die gleichzeitig auch die Berücksichtigung von Vertretern kleinerer Mitgliedstaaten gewährleisten sollen.
Die Europäische Union muss sich die Angleichung der Lebensverhältnisse für alle Bürger*innen innerhalb ihrer Grenzen zu	x			Dieses Ziel unterstützen wir und stehen deswegen auch für eine gemeinsame



einem zentralen Ziel machen.				europäische Förderpolitik.
Die Europäische Union braucht eine gemeinschaftliche Asyl- und Migrationspolitik, die auf die Grundwerte der Gemeinschaft gestützt ist.	x			Die globale Herausforderung bezüglich der Flüchtlingswellen und Migrantenströme, die in Zukunft noch zunehmen werden, erfordert unbedingt eine zentrale gemeinsame Regelung der Asyl- und Migrationspolitik aller Europäer und darf nicht zu Lasten einzelner Staaten gehen. Außerdem bedarf es eines gemeinsamen Schutzes der Außengrenzen.
Mehr direktdemokratische Instrumente auf europäischer Ebene!		x		Mit dem Vertrag von Lissabon sind deutlich mehr direktdemokratische Elemente für die europäischen Bürger eingeführt worden. Ob dieser Rahmen noch erweitert werden kann, ist immer wieder zu überprüfen. Allerdings gilt zu bedenken, dass mehr direktdemokratische Elemente nicht zu noch mehr



				Schwerfälligkeit bis hin zur politischen Handlungsunfähigkeit führen dürfen.
Die Regierung der EU soll aus dem durch Wahlen bestimmten Parlament hervorgehen und nicht wie bisher in erster Linie von Personalentscheidungen der nationalen Regierungen abhängen.	x			Die Umsetzung dieser Idee sollte auf jeden Fall ein Ziel sein, das in Zukunft umgesetzt werden sollte. Allerdings erfordert dies eine neue machtpolitische Balance mit wechselseitigen Kontrollmechanismen, um den nationalen Belangen gerecht zu werden. ???
Deutschland soll den Euro weiterhin als Währung nutzen.	x			Dem ist voll zuzustimmen.
Wir bekennen uns zu den gemeinsamen Werten der Europäischen Union: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, Pluralismus, Nicht-Diskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Mann und Frau.	x			Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen.



Das durch die EU finanzierte Studenten- und Azubiaustauschprogramm ERASMUS+ soll weiterhin bestehen bleiben.	x			Dem ist ebenfalls uneingeschränkt zuzustimmen, da durch den internationalen Austausch Europa zusammenwächst und begabten jungen Menschen neue Chancen eröffnet werden.
Schengen soll weiterhin bestehen.	x			Wir stehen für ein Europa der offenen Grenzen und damit zum Schengen-Abkommen, auch wenn bestimmte sicherheitspolitische Aspekte je nach Gefährdungslage berücksichtigt werden müssen und zu punktuellen Grenzkontrollen führen.
Welcher Fraktion würden Sie beitreten, wenn Sie ins Europäische Parlament gewählt würden?	EVP			
Auf welche drei Politikfelder sollte sich die Europäische Union in Zukunft mehr konzentrieren?	Auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, da die Europäische Union entsprechend ihrem politischen und wirtschaftlichen Gewicht zukünftig im Hinblick auf die Sicherung von Frieden mehr Verantwortung übernehmen und gestaltend agieren muss. Hier liegen auch für Europa die drängendsten Probleme (wie z.B. die Konflikt- und Kriegssituation im Nahen und Mittleren Osten,			



	<p>der Ukraine und bezügl. der afrikanisch-asiatischen Flüchtlingsströme), die dringend einer Lösung bedürfen.</p> <p>Von zentraler Bedeutung ist des Weiteren die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise der südlichen europäischen Staaten, um nicht den Wohlstand für alle zu gefährden.</p> <p>Des Weiteren bedarf es einer konsequenteren gemeinsamen Umwelt- und Energiepolitik, da auch davon die Sicherheit und die Lebensqualität aller europäischen Bürger abhängt.</p>
--	--